

GRÜNE-Fraktion im Rat, PF 1340, 52463 Alsdorf

An den Bürgermeister  
Herrn Alfred Sonders  
Rathaus  
Hubertusstr. 17  
52477 Alsdorf

Postfach 1340  
52463 Alsdorf  
Tel.: 02404/50-376  
Fax: 02404/50-402  
eMail: [b90-gruene-fraktion@alsdorf.de](mailto:b90-gruene-fraktion@alsdorf.de)  
[www.gruene-alsdorf.de](http://www.gruene-alsdorf.de)

**30.11.2009**

### Anfrage

### **Verwendung des Gebäudegrundstücks "An der Mariensäule"**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

in der Sitzung des Ausschusses für Schulen, Sport und Kultur am 17.11.2009 überraschte der Persönliche Referent des Bürgermeisters, Herr Spaltner, mit der Aussage, dass das Schulgebäude an der Mariensäule auch längerfristig weiter genutzt werden soll.

Bislang galt die Aussage, dass das Gebäude – nach Umzug der Grundschule Mitte in den Neubau auf dem Annagelände - auf Grund seines maroden Zustands abgerissen werden sollte. Das Grundstück "An der Mariensäule" sollte verkauft und der Erlös als städtischer Eigenanteil zur Finanzierung des o.g. Grundschulneubaus eingebracht werden.

Dazu fragen wir die Verwaltung:

1. In wie weit ist der damalige Beschluss des Rates, den Verkauf des Grundstücks "An der Mariensäule" als Eigenanteil in die Finanzierung des Grundschulgebäudes auf dem Annagelände einzubringen, bindend?
2. Welche genauen Planungen verfolgt die Verwaltung für das bislang als extrem marode beschriebene Schulgebäude?
3. Ist beabsichtigt, dem Rat in absehbarer Zeit einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten, der den damaligen Beschluss aufhebt?
4. In wie weit kollidiert eine Abkehr von dem damaligen Finanzierungskonzept für die Grundschule auf dem Annagelände mit dem Kommunalrecht?
5. Wie wurde der Ausfall des eingeplanten Erlöses aus dem Verkauf des Grundstückes ausgeglichen bzw. durch welchen anderen Eigenanteil wurde er ersetzt?

6. Inwiefern spielt die eventuelle Förderung durch das Projekt „Soziale Stadt“ für das Gebäude an der Mariensäule eine Rolle ?

7. Falls auch das Gebäude an der Mariensäule durch die Fördermittel des oben genannten Projektes ertüchtigt werden soll:

Sind solche Vorgehensweisen rechtlich unbedenklich, wenn zunächst als Eigenmittel kalkulierte Verkaufserlöse der Grundstücke an der Mariensäule, nun für dort geplante neue Projekte von der Landesebene gefördert werden sollen ?  
Sind solche "Doppelverwendungen" überhaupt zulässig ?

Mit freundlichen Grüßen

Horst-Dieter Heidenreich  
Fraktionsvorsitzender